

Ist die USA eine Demokratie? Mit Politikwissenschaftler Tom Ferguson

Das Transkript gibt möglicherweise aufgrund der Tonqualität oder anderer Faktoren den ursprünglichen Inhalt nicht wortgenau wieder.

Paul Jay (PJ): Hallo, willkommen bei theAnalysis.news. Ich bin Paul Jay. Wir werden in wenigen Sekunden mit Tom Ferguson über die Demokratiekonferenz sprechen, die globale Konferenz zur Demokratie, die Präsident Biden einberufen hat. Denken Sie bitte an die Spenden zum Jahresende. Falls Sie zum Jahresende etwas Geld spenden möchten, vergessen Sie bitte nicht, dass wir in den USA eine 501c3 sind - eine gemeinnützige Organisation, weswegen die Spenden steuerlich absetzbar sind. Ohne Sie kommen wir nicht weiter. Und abonnieren und teilen Sie uns bitte auch. Wir sind in ein paar Sekunden wieder da.

Willkommen zurück bei theAnalysis.news, ich bin Paul Jay. Heute sprechen wir mit Tom Ferguson über die Demokratiekonferenz von Präsident Biden. Tom Ferguson ist emeritierter Professor an der University of Massachusetts in Boston. Er ist Forschungsleiter am Institute for New Economic Thinking. Vielen Dank, dass Sie wieder bei uns sind.

Tom Ferguson (TF): Hallo.

PJ: Eine einfache Frage: Halten Sie die Vereinigten Staaten für eine Demokratie? Wie beurteilen Sie diese? Wenn ja, was ist noch vorhanden, und wie geht es weiter?

TF: Nun gut, die kurze Antwort lautet: autoritäre Elemente haben in diesem System stark zugenommen. Sie waren von Anfang an integriert, aber das Umfeld des fantastischen Wohlstandswachstums und der Ungleichgewichte des Wohlstands - sehen Sie, im Vergoldeten Zeitalter herrscht die Demokratie des Vergoldeten Zeitalters. Jeder weiß, dass dies ein riesiger Scherz war.

PJ: Für diejenigen, die nicht wissen, was das bedeutet: Vergoldetes Zeitalter, für einige unserer jüngeren Zuschauer, denn so wie Geschichte in den meisten Schulen gelehrt wird, haben viele kein Geschichtswissen. Also kurz, was meinen Sie?

TF: In meinen Vorlesungen habe ich immer mit einer Zeitleiste begonnen und den Ersten Weltkrieg vor dem Zweiten Weltkrieg verortet, nur um sicherzugehen. Aber kurz gesagt, das ist der Zeitraum ab 1870 ungefähr, in dem die erste große Wohlstandskonzentration stattfand, die durch die Fusionsbewegung in den 1890er Jahren gewissermaßen gestoppt wurde. Und an dieser Vermögensverteilung hat sich bis zum New Deal nicht viel geändert. Das ist das alte Vergoldete Zeitalter.

PJ: Und lassen Sie mich, wenn ich richtig liege, noch hinzufügen, dass Personen wie J.P. Morgan und die Rockefellers, die Vanderbilts, manchmal auch die Raubritter bezeichnet werden. Aber diese Familien, insbesondere Morgan im Finanzsektor, hatten wirklich eine enorme Macht bei der Gestaltung der amerikanischen Regierung und Gesellschaft.

TF: Das stimmt. Meine Lieblingsgeschichte dazu ist die von Samuel, ich weiß nicht mehr, ob Tilden sie erzählt hat oder ob es sein Freund war, der sie geschrieben hat. Tilden war derjenige, der die Präsidentschaftswahlen 1876 verlor und in einer Sonderkommission gewissermaßen abgewickelt wurde. Und Tildens Name, als Bankanwalt in New York, und sein Name war "Der Große Ausschluss", so der Slogan. Und einer seiner Freunde schrieb ihm eine Notiz, die großartig ist. Darin heißt es: "Was wir brauchen, sind Leute im Amt, die nicht stehlen, sondern die uns stehlen lassen".

PJ: 1938, 36 oder 38, hielt Präsident Roosevelt, eine Rede, in der er mehr oder weniger erklärte, dass der amerikanische Faschismus zunehme, und er bezeichnete die Entwicklung eines Wirtschaftssektors, in dem die Eliten mächtiger werden als die Regierung, als Faschismus. Das bezeichnete er als die Definition von Faschismus. Und der Bankensektor wäre im Begriff, das zu werden. Sie wissen also, ...

TF: Ich würde mit dieser Geschichte vorsichtig sein.

PJ: Ich zitiere ihn direkt.

TF: Ich weiß, dass er das gesagt hat, aber es dauerte, sagen wir, noch ein paar Jahre, und wir bekamen einen besseren Einblick in das Wesen des Faschismus. Vor allem in Europa.

PJ: Der Punkt ist: wo ist die Demokratie? Ich denke, es kommt auf den Vergleich an. Aber wie Sie sagen, es gibt die Demokratie des Goldenen Zeitalters und die Demokratie, von der Roosevelt gesprochen hat. Wo stehen wir also?

TF: Ich glaube nicht, dass eine repräsentative Institution ab einem bestimmten Punkt vor einer kolossalen Konzentration von Reichtum schützen kann. Es läuft einfach auf eine Hängende Gärten Strategie hinaus. Wenn die erste Person nicht käuflich ist, werden sie jemanden im System finden, der ist. Umfangreiche rechtliche Argumente werden

vorgebracht. Sie können sehen, dass immer mehr Unternehmen diejenigen verklagen, die sie kritisieren. Es gibt nicht nur ein, sondern buchstäblich 100 oder mehr Denkfabriken, die auf die eine oder andere Weise subventioniert werden - diese Art von kolossaler Reichweite und Umfang der Handlungsmöglichkeiten. Ich bin sehr skeptisch. Wahlen allein schützen Sie nicht davor. Im Gegenteil, ab einem bestimmten Punkt wird das Problem dadurch noch verstärkt. Also ja, es ist ziemlich gefährlich. Ich verharmlose das nicht, speziell die Sache mit dem Faschismus. Ich glaube, Arthur Rosenbergs Essay ist nicht sehr bekannt, aber Rosenberg war einer der größten Historiker aller Zeiten, und es lohnt sich wirklich, ihn zu lesen. Ja, ich stimme der Meinung zu, dass der Einsatz von Privatarmeen - einfach zusammengefasst - im Faschismus entscheidend ist. aber man könnte es noch ein bisschen weiter ausführen. Wo die staatliche Macht allmählich zurückgedrängt wird und Privatarmeen zu dominieren beginnen. Es gab Leute, die dachten, sie hätten das unter Ross Perot gesehen - sie haben sich geirrt, wie ich damals sagte - sie erwarteten, dass Trump vielleicht in diese Richtung tendieren würde. Das ist nicht ganz eingetreten. In den USA haben wir das noch nicht wirklich erlebt. Es gibt jetzt überall Unordnung, Gewalt, Chaos und Wut. Aber keine organisierten Privatarmeen, die auf den Straßen kämpfen.

PJ: Aber warum werden organisierte Privatarmeen benötigt? Ich meine, als der Hitler- und der Mussolini-Staat entstanden, bildeten sie den Zentralstaat und verfügten über die Armee. Sie brauchten keine, sie hatten vielleicht ein paar private Schläger in den Straßen im Vorfeld, aber...

TF: Sie hatten viele. Ich meine, ich habe viel zu Weimar in den 20er und 30er Jahren gearbeitet, und mir die deutschen Aufzeichnungen dazu angeschaut. Außerdem habe ich eine der grundlegenden Abhandlungen über den Einfluss von Konzernen auf deutsche politische Parteien geschrieben. Und nein, der Kampf der Privatarmee in der Weimarer Republik war wirklich sehr, sehr grundlegend, ebenso wie das gesamte Ausmaß der Gewalt. Ich meine, hier geht es nicht um 10, 20, 30 Menschen, die getötet werden, sondern um Hunderte über eine gewisse Zeit. Das hat es in den Vereinigten Staaten noch nicht gegeben, und ich hoffe, es wird nie so weit kommen. Deshalb ist die Frage nach der strafrechtlichen Verfolgung des Aufstands im Kapitol am 6. Januar so wichtig. Es kann und sollte nicht geduldet werden, ein Regierungsgebäude zu stürmen und zu versuchen, die Wahl zu beeinflussen und damit davonzukommen. Aber das Ausmaß an Gewalt haben wir noch nicht gesehen, zumindest noch nicht in dieser Form. Ich sage nicht, dass es nicht möglich ist.

PJ: Die Sache, über die nicht sehr viel gesprochen wird, besonders in den Leitmedien, und ich weiß, dass die Leute, die das verfolgen, sich über meine Ausführungen bewusst sind, ist das Ausmaß, in dem die amerikanische "Demokratie", so undemokratische Merkmale aufweist. Vor allem auf Bundesebene, im Senat und im Wahlkollegium. Die Eliten haben im Grunde genommen Möglichkeiten, das Ergebnis politischer Prozesse zu kontrollieren, was nichts mit Demokratie zu tun hat.

TF: Dem widerspreche ich nicht. Wie könnte ich? Schließlich kann jeder James Madison lesen. Verstehen Sie, was ich meine? In einigen der föderalistischen Dokumente könnte man nicht deutlicher werden. Trotzdem darf man nicht vergessen, dass im Rahmen der amerikanischen Verfassung der New Deal möglich war. Ich gestehe auch sofort ein, dass dies nicht vielen Menschen zu Gute kam. Einschließlich fast aller People of Colour in Amerika. Obwohl ich glaube, dass es ihnen nach dem New Deal insgesamt besser ging als vorher, aber bei weitem nicht so gut wie dem durchschnittlichen Weißen. Aber dies trifft zu einem beträchtlichen Teil zu, denke ich. Mit anderen Worten, es geht um die Frage, wie organisiert die Bevölkerung ist, um ihre eigenen Interessen durchzusetzen. Das ist im Grunde der Kern eines Ansatzes zur Investition in politische Parteien. Es geht im Grunde darum, wer die Kosten für die Politik im weitesten Sinne übernimmt, einschließlich der Frage, so etwas wie eine Organisation zur Überwachung der eigenen Schule oder ähnliches zu gründen. Wenn gewöhnliche Menschen in der Lage sind, das zu tun, wird das System funktionieren. Falls sie das nicht können, wird das System aufgrund von Desorganisation und mangelnder Fähigkeit zur Kostenübernahme nicht funktionieren. Und in Verbindung mit diesem System der Desorganisation, das zum Teil das Ergebnis von sehr wohlhabenden Leuten ist, die einfach immer weiter schüren, entsteht ein echtes Chaos. Ich denke, dass man die Frage nach politischen Regeln immer im größeren gesellschaftlichen und insbesondere im größeren wirtschaftlichen Kontext betrachten sollte.

PJ: Was halten Sie also von Bidens Initiative, all diese Länder einzuladen und zu versuchen, die Vereinigten Staaten als Führer der Demokratien gegen das autoritäre Russland und China zu positionieren?

TF: Beginnen wir mit einer Beobachtung. Trotz aller Probleme, die es in den westlichen Demokratien gibt, denke ich, dass sie im Allgemeinen anders und besser für die Menschen funktionieren als zum Beispiel in Russland, und zumeist auch in China. Wobei die chinesische Wachstumserfahrung eine Überlegung wert ist. Es handelte sich um ein erfolgreiches staatlich gelenktes Wachstum, von dem viele Menschen erwartet haben, dass es zu mehr individueller Freiheit führt. Am Ende hat dies aber nicht funktioniert.

PJ: Aber der faire Vergleich mit China wären meiner Meinung nach nicht die westlichen Demokratien. Es wäre Indien.

TF: Ja. Auf bestimmten Ebenen. Auf jeden Fall.

PJ: Und, was auch immer man sagen will, hat China insgesamt besser abgeschnitten als Indien.

TF: Ich bestreite das nicht. Ich war in beiden Ländern, und es gibt einige Dinge in Indien, die ziemlich bemerkenswert sind. Aber lassen wir das beiseite, um zurückzukommen: Was macht Biden? Meiner Meinung nach ist Demokratie ein ehrenwerter Begriff. Man wendet hier keine

strenge Definition an. Im Grunde handelt es sich um ein Sammelkonzept. Wenn man bei uns von Demokratie spricht, versteht man in der Regel die Märkte. Und das ist der Versuch, das Ganze aufzuhübschen. Eine Zeit lang war es die Globalisierung, oder? Und die amerikanische Version davon war freie Märkte unter einem amerikanischen Dach. Und das hat nicht wirklich gut funktioniert. Die eigene Überheblichkeit hat bald versagt. Und zwar aufgrund ihrer eigenen inneren Widersprüche. Das ist im Grunde genommen klassische Politik in einem nicht sonderlich gesundheitsfördernden Sinne, d.h. im Grunde genommen Rhetorik. Sie erkennen, dass es sich nicht um Rhetorik handelt, wenn Sie ernsthafte Bemühungen zur Behebung der demokratischen Defizite in den Vereinigten Staaten sehen. Sie sprachen gerade darüber, wir haben darüber gesprochen, und Sie betonten diese noch, ich nehme diese Dinge ebenfalls ernst.

PJ: Geht es bei dieser ganzen Demokratie-Veranstaltung eher darum, Biden vor den Augen der amerikanischen Öffentlichkeit als Anführer der freien Welt erscheinen zu lassen?

TF: In unserem Beitrag, dem Beitrag für 2020, haben wir deutlich gemacht, dass die amerikanische Elite dazu neigt, ihre eigene - entschuldigen Sie meine einfache Ausdrucksweise - sie haben die Globalisierung und die freien Märkte nach amerikanischem Vorbild vorangetrieben, und denken immer noch so. Die schlichten Fakten sind, dass der größte Teil der Welt dies nicht glaubt. Und die von den Amerikanern geführte politische Ordnung ist bereits in dem Sinne zusammengebrochen, dass wir uns jetzt in einem multipolaren System befinden. Wenn also Bidens Leute alle über Regeln und Normen belehren, dann ist das eine Lektion, die aus einer anderen Welt kommt, einer verschwundenen Welt. Es ist schon ein wenig beängstigend, wie sie den Rest der Welt belehren. Ich bin mir nicht sicher, ob sie die Bedeutung der Außenbeziehungen außerhalb des juristischen Kontextes, der an den amerikanischen juristischen Fakultäten und Universitäten vorherrscht, verstehen. Die meisten Mitarbeiter im Weißen Haus sind Juristen oder haben internationale Beziehungen studiert, aber in diesen Fächern wird nicht viel Geschichte gelehrt. Henry Kissinger hat beispielsweise einen Aufsatz darüber verfasst, wie die Ukraine-Krise im Jahr 2014 gelöst werden würde, und dieser Aufsatz unterschied sich stark von den Ansichten aller anderen. Die Krise wurde nicht auf diese Weise gelöst, und es lag eine Menge Ironie in der Art und Weise, Sie erinnern sich, als Bernie Sanders und Hillary Clinton sich darüber uneinig waren, wer mit Henry Kissinger befreundet sein sollte. Hillary hat im Wesentlichen den Kissinger-Ansatz in der Außenpolitik rückgängig gemacht, als sie diese aggressiven Schritte im Nahen Osten und anderswo vorantrieb, um die Amerikaner in Gebiete zu drängen, in denen sie meiner Meinung nach zu weit gegangen sind.

PJ: Diese Idee von Amerika, der freie Kampf für die amerikanische Freiheit und die Demokratie. Die meisten amerikanischen Erwachsenen gehen jeden Tag zur Arbeit und sind nicht gewerkschaftlich organisiert. Die meisten von ihnen, haben überhaupt keine Rechte. Es gibt keinen autoritäreren Ort als den Arbeitsplatz, wenn man so will.

TF: Ja, verallgemeinern wir diesen Punkt. Wenn es kaum noch Gewerkschaften gibt und Menschen erlaubt wird, ich meine, wie hoch ist der Prozentsatz in den USA heute? Wahrscheinlich weniger als zehn Prozent. Die Frage ist, wie man Arbeit misst?

PJ: In der Privatwirtschaft sind es etwa sechs.

TF: Ja, genau. Wenn das also Freiheit ist, dann ist es eine sehr seltsame Art von Freiheit. Im Grunde handelt es sich um politische Rhetorik, die hauptsächlich für den heimischen Konsum bestimmt ist. Ich bin da nicht mehr dabei. Seit COVID bin ich nicht mehr viel gereist. Aber ich kann Ihnen sagen, dass der Rest der Welt nicht herumsitzt und darauf wartet, von den Vereinigten Staaten geleitet zu werden. Das ist einfach nicht der Fall. Und das muss man ernst nehmen. Ob Washington sich dem bewusst ist, da bin ich mir nicht sicher. Offiziell so etwas zuzugeben, würden sie jedenfalls nicht.

PJ: Die republikanische Partei und sicherlich die meisten Konzern- oder alle Konzern-Demokraten, wobei die republikanische Partei vielleicht etwas offener damit umgeht, vertreten die Interessen der Großkonzerne und nichts missfällt ihnen mehr, als das wachsende Selbstbewusstsein und die zunehmende Militanz der Arbeiter. Und das passiert gerade. Teilweise schieben sie es auf COVID, ich denke, es hatte etwas mit einigen der Subventionen zu tun, die den Republikanern wirklich nicht gefielen. Und das mochten sie nicht, nicht etwa weil sie das Defizit erhöhen und die Inflation ansteigen würde. Das ist ihnen alles egal, sonst würden sie sich um das Geld sorgen, dass für Waffen ausgegeben wird. Worum sie sich sorgten, war das Durchbrechen dieses Musters der Einschüchterung von Arbeitnehmern. Es könnte die Disziplin und die Verzweiflung der Arbeiter brechen, für miserable Jobs und für miserable Löhne zu arbeiten. Und jetzt sagen die Republikaner: "Wir haben es euch gesagt, seht was passiert". Wird dies eine Phase wilder Angriffe einleiten, um die amerikanischen Arbeiter zu erschüttern, damit sie sich nicht mehr wie - in Buffalo hat sich gerade Starbucks organisiert. Zurzeit finden Hunderte von Streiks statt, im Vergleich zu vor ein oder zwei Jahren. Ich glaube, es waren etwa zehn. Es gibt eine wachsende Militanz.

TF: Das bestreite ich überhaupt nicht. Sie können eine große Wende in der Teamsters Gewerkschaft sehen, wo es einen großen Umbruch in der Führung der Gewerkschaft gab. Dem kann ich nur zustimmen. Nun zu der anderen Frage. Lassen Sie uns noch einmal kurz zurückgehen, da wir in unserem Bericht über die Wahlen 2020 die COVID-Debatten im Jahr 2020 bei der Verabschiedung dieser Gesetzesentwürfe ausführlich behandeln. Genau wie Sie andeuten, konnte man erkennen, dass insbesondere republikanische Kongressabgeordnete und -frauen erklärten, dass die Löhne nicht steigen dürfen. Sie haben das ganz unverblümt ausgesprochen. Sie haben dies einfach so gesagt. Die Demokraten schwankten ein wenig. Wir betrachten das, denke ich, als völlig normal. Und die großen kapitalintensiven Unternehmen, oft Hightech-Unternehmen, was nicht ganz dasselbe ist, machten sich in diesem Zusammenhang keine großen Sorgen um niedrige Löhne. Man konnte von zu Hause aus arbeiten, und sie haben sich damit abgefunden. Sie erinnern sich vielleicht noch an den

Aufsatz von Robert Rubin in der The New York Times, in dem er eine Mischung aus Wirtschaftswissenschaftlern und Medizinern als Entscheidungsträger forderte. Das war ein ziemlicher Unterschied zu Trumps Ansatz, das im Grunde ein Küchenkabinett war. Und dann beschimpft Trump seine eigenen Experten. Es ist jedoch beunruhigend, wie schnell die Biden-Administration die COVID-Schutzmaßnahmen aufhob, obwohl COVID weiterhin besteht. Und das war eine Bewegung, die von der Demokratischen Partei sehr stark unterstützt wurde. Das führt zu der Frage, was zukünftig geschehen wird, wie Sie andeuteten. Bei Betrachtung des New Deal bin ich der Meinung, dass wir angesichts des beginnenden Zusammenbruchs der Politik abwarten müssen, was die Menschen tun. Und ich habe in einem früheren Interview mit Ihnen darauf hingewiesen, dass die Bedeutung des New Deal nicht darin lag, was irgendein Präsident getan hat, obwohl Roosevelt seinen Teil dazu beitrug, indem er versuchte diesen nicht zu zerstören. Er war bereit, den politischen Kräften ihren Lauf zu lassen. Biden könnte genau das tun. Ich bin mir nicht ganz sicher an welcher Stelle, aber er wird es nicht von dort initiieren. Es müsste von unten kommen. Aber jetzt gibt es einen Wechsel in der Teamsters Gewerkschaft. Es gibt jetzt eine Bewegung im Ausschuss für Arbeitsbeziehungen (National Labour Relations Board), um die Amazon-Wahl in Alabama zu wiederholen. Das ist eine wichtige Sache. Wenn diese Wahl dieses Mal zugunsten der Arbeitnehmer ausfällt, könnte es zu einer Reihe von Organisationsaktionen kommen. Und ja, mit Sicherheit wird es überall Streiks geben. In unserem Beitrag wird dies erörtert, weil ich die Bemühungen, das tatsächliche Verhalten der Arbeitnehmer im Jahr 2020 zu untersuchen, sehr stark unterstützt habe, als niemand sonst Zahlen zur Verfügung stellte, weshalb wir das Projekt unterstützt haben, mit der Zählung zu beginnen. Nun stellt sich die Frage, was dort passieren wird. Ich bin mir nicht sicher. Es ist nicht hilfreich, dass der Gewerkschaftsbund, AFL-CIO, im Moment ein wenig wie der alte Gewerkschaftsverband, AFL, aussieht, d.h. er ist in einem Moment gelähmt, in dem man erwarten würde, dass er recht mutig handeln könnte. Einige der Baugewerkschaften haben sich zum Beispiel in Bezug auf grundlegende Fragen der Arbeitssicherheit überhaupt nicht konstruktiv verhalten. Und die Frage der Masken war in der Gewerkschaft weitaus umstrittener, als sie es hätte sein müssen. Obwohl Richard Trumka schließlich erklärte, dass die Leute zum Tragen verpflichtet sind. Aber er ist nicht mehr da. Und man muss innerhalb des Gewerkschaftsbundes AFL-CIO kämpfen. Wissen Sie, es sind die klaren Unterschiede zwischen den Menschen, die den nächsten Präsidenten bestimmen werden. Das muss geklärt werden, und ich denke, man muss sich beeilen. In den 30er Jahren, entwickelte sich der alte Gewerkschaftsbund zu dem heutigen, ich weiß nicht, ob sich das wiederholen wird. Aber im Moment besteht ein Vakuum und eine Inflationsperiode, in der die Preise die Löhne im Allgemeinen übersteigen, was meiner Meinung nach eindeutig zutrifft, mit all den Einschränkungen, die wir in anderen Interviews über frühere Hilfen für Arbeitnehmer gemacht haben. Das ist sehr unbeständig. Das soll jetzt nicht wie eine Sozialwissenschaft klingen, aber es gibt kein Gleichgewicht. Irgendetwas wird geschehen.

PJ: Nun, ich denke, es ist lange her, mindestens 20, 30 Jahre, vielleicht sogar mehr, dass es für die Arbeitnehmer ein echtes Zeitfenster gab, in dem sie etwas bewirken konnten. Die

Globalisierung hat die amerikanischen, kanadischen und europäischen Arbeitnehmer wirklich geschwächt, aber COVID und diese Erschütterungen in der globalen Lieferkette und die zunehmende Rivalität mit China, wissen Sie, sie können dieser Wirtschaft, die so sehr vom Warenimport aus Asien abhängig ist, nicht trauen. Vor allem China, aber auch andere Länder, wodurch die Arbeitnehmer hier ein gewisses Druckmittel erhalten werden. Und Junge, das sollten sie besser ausnutzen.

TF: Dem stimme ich zu. Ich möchte jedoch einige Probleme ansprechen, denn das Bildungssystem ist meiner Meinung nach wirklich angeschlagen. Es befand sich in Schwierigkeiten aufgrund jahrelanger Kürzungen und im Grunde unerbittlicher republikanischer Angriffe, die in der Regel lange, lange Zeit von Milliardären finanziert wurden. Es steckte bereits in Schwierigkeiten. Und COVID brachte die Schulen auf allen Ebenen in eine unmögliche Situation, da man plötzlich all diese neuen Kosten und Probleme zu tragen hatte. Man konnte nicht einmal seine Schüler unterrichten, ohne alle potenziell zu gefährden. Und ich denke, dass das gesamte Bildungssystem in eine Art Krise gerutscht ist. Die Hochschulbildung befindet sich eindeutig in ernststen Schwierigkeiten. Im Moment gibt es viele Streiks im Hochschulbereich. An der Columbia University wird zum Beispiel gerade gestreikt, und ich denke, die Universität hat sich, um es ganz offen zu sagen, nicht gut verhalten. Aber das ist nicht der einzige Ort, es gibt eine ganze Reihe von Streiks an Universitäten. Ungefähr 25 Prozent der United Automobile Workers Union, der Gewerkschaft für u.a. Automobil- und Luftfahrtindustrie, etwa kommen jetzt aus dem akademischen Bereich, wie ich kürzlich gesehen habe. Aber wenn der Präsident unter Anklage gestellt wird, wissen wir vielleicht, wann die UAW ein Problem hat. Und das ist nur ein weiteres Beispiel für die Probleme in der amerikanischen Arbeiterbewegung. Der Zusammenbruch von Sektoren wie dem Bildungswesen wird meiner Meinung nach viel Leid verursachen. Er hat enorme Auswirkungen auf das Arbeitskräfteangebot, und zwar genau jetzt, denn jedes Mal, wenn COVID wieder auflebt, muss sich jeder, der ein Kind hat, Sorgen über die Konsequenzen machen. Zum Beispiel, wenn die Schule die Kinder nach Hause schickt, was mit erschreckender Regelmäßigkeit geschieht, weil sie nicht in der Lage sind eine Lösung zu finden. Und die Menschen, die damit zu tun haben, sind ausgebrannt. Ich meine, in vielen Schulen, ich erinnere mich an die Aussagen meiner Nachbarn, melden sich die Lehrer freitags einfach krank und so weiter. Sie können mit dieser Situation einfach nicht umgehen. Diese Art von System, der Zusammenbruch des Systems, wird zu Unruhen auf dem Arbeitsmarkt führen, aber es könnte auch zu wirklich großen Katastrophen führen, die viele Menschen betreffen, wodurch das Land politisch sehr anfällig und instabil wird.

PJ: Lassen Sie mich abschließend sagen, was ich gerade gesagt habe, und ich wiederhole es noch einmal: Es gab seit Jahrzehnten keinen besseren Zeitpunkt, wenn Sie nicht in einer Gewerkschaft sind, organisieren Sie sich und werden Sie Mitglied. Und wenn Sie in einer Gewerkschaft sind, kämpfen Sie für deren Demokratisierung und stellen Sie sicher, dass die Gewerkschaft Sie wirklich vertritt, denn in vielen Fällen ist das nicht so. Wenn Sie Demokratie in den Vereinigten Staaten wollen, dann werden das keine Biden-Konferenzen

mit leerer Rhetorik sein. Es geht darum, dass sich die Arbeitnehmer organisieren, wie Sie immer wieder sagen. Und ich wiederhole: Vielen Dank für Ihr Interesse.

TF: Amen.

PJ: Danke auch Ihnen, und danke, dass Sie bei theAnalysis.news dabei waren. Und noch einmal: Wenn Sie darüber nachdenken, zu spenden, denken Sie bitte an uns. Danke für Ihr Interesse.

ENDE